

Niederschrift zur 34. öffentlichen Sitzung des Beirates Vegesack am Montag, den 16. März 2026 um 18:30 Uhr im Sitzungssaal des Ortsamtes Bremen-Vegesack, Gerhardt-Rohlfs-Straße 62, 28757 Bremen

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 21:34 Uhr

Vorsitz: Gunnar Sgolik

Schriftführung: Sabrina KC

TOP 1 **Besuch und Vorstellung der Senatorin für Inneres und Sport, Frau Dr. Eva Högl**

TOP 2 **Bürgeranträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten von Bürger:innen**

2.1 **Bürgerantrag Herr Firth – Lebensqualität und Sicherheit in der Sagerstraße**

TOP 3 **Beratung zur Aufwertung des Vegesacker Hafenumfeldes durch eine mögliche Finanzierung aus Infrastrukturinvestitionsmitteln (LuKIFG-Mittel) in Bremen-Vegesack**

TOP 4 **Vorhabenbezogener Bebauungsplan VEP 117 „Neue Strandlust“** *Ca. 19 Uhr*
– Austausch und Beschlussfassung

TOP 5 **Anträge und Anfragen des Beirates / Jugendbeirates**

5.1. **Antrag der SPD-Fraktion „Fähre und Neue Strandlust per ÖPNV erschließen“**

5.2. **Antrag der CDU-Fraktion „Verstärkte Kontrollen zur Einhaltung des Jugendschutzes beim Verkauf von Alkohol und E-Zigaretten (Vapes) in Vegesack“**

TOP 6 **Mitteilungen des Ortsamtsleiters**

TOP 7 **Mitteilungen der Beiratssprecherin**

TOP 8 **Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder**

Anwesende Mitglieder

Holger Bischoff	Gabriele Jäckel
Heike Sprehe	Sabine Rosenbaum
Nicole Poker	Michael Alexander
Thomas Pörschke	Eyfer Tunc
Maximilian Neumeyer	Andreas Kruse
Ingo Schiphorst	

Abwesende Mitglieder *(kursiv= entschuldigt)*

Fethi Kandaz	<i>Natalie Lorke</i>
<i>Heiko Werner</i>	<i>Norbert Arnold</i>
<i>Ines Schwarz</i>	

Weitere Gäste

Frau Dr. Eva Högl	Senatorin für Inneres und Sport
Herr Dr. Kühling	Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation, Abt. 1 Wirtschaft
René Kotte	Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung, FB 02

Herr Sgolik eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Zur Protokollerstellung wird die Sitzung in Ton & Bild aufgezeichnet und im Anschluss wieder gelöscht.

Aufgrund Verspätung von Senatorin Frau Dr. Högl wird der TOP 2.1. vorgezogen.

TOP 2 Bürgeranträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten von Bürger:innen

2.1. Bürgerantrag Herr Firth – Lebensqualität und Sicherheit in der Sagerstraße

Herr Firth möchte auf folgende Themen im Zusammenhang mit der Sagerstraße aufmerksam machen:

Tempolimit: Durchsetzung von Tempo 30

Lärm: ÖPNV muss verlangsamt werden, damit nicht mehr so viel Lärm entsteht bzw.

Gullideckel müssen wieder befestigt werden

Vibrationen: s. o. unter Lärm

Sicherheit: problematische Straßenquerung, Falschparker, zu hohe Geschwindigkeiten

Umwelt und Stadtbegrünung: Bessere Begrünung der Sagerstraße

Sauberkeit: Regelmäßige Straßenreinigung, Kontrollen illegaler Müllentsorgung

Herr Sgolik erklärt, dass der Antrag im Sprecher-/ Koordinierungsausschuss weiter beraten wird.

Weiter fragt Herr Jacobi aus dem Zuschauerraum nach den Bearbeitungsständen seiner Bürgeranträge zu einer öffentlichen Toilette im Stadtgarten, die umgefahrenen Pfähle Ecke Bempohlstraße und fehlende Verkehrsüberwachung Parken entgegen der Fahrtrichtung.

Herr Sgolik wird die Sachstände in Erfahrung bringen und Herrn Jacobi im Nachgang der Sitzung informieren.

TOP 1 Besuch und Vorstellung der Senatorin für Inneres und Sport, Frau Dr. Eva Högl

Nach kurzer Einfügung durch Herrn Sgolik, stellt Frau Dr. Högl sich vor und betont die Bedeutung von Präsenz vor Ort und den direkten Austausch mit den Bürgerbeiräten, um lokale Probleme besser zu verstehen. Sie verweist auf ihre langjährige politische Erfahrung, insbesondere als Wehrbeauftragte des Bundestags, und beschreibt ihren Wechsel nach Bremen als bewusste Entscheidung für neue Herausforderungen. Ihr Schwerpunkt liegt auf der Innenpolitik mit dem Ziel, die Sicherheit in beiden Städten durch ausreichende personelle Ausstattung der Sicherheitsbehörden, moderne Rechtsgrundlagen, wie das neue Polizeigesetz, und Maßnahmen gegen Extremismus und Alltagskriminalität, zu verbessern. Besonders wichtig ist ihr der Schutz und die Wertschätzung der Einsatzkräfte angesichts steigender Gewalt gegen sie. Zudem ist ihr die Modernisierung bürgernaher Ämter durch Digitalisierung und Prozessoptimierung wichtig. Im Bereich Sport plant sie umfangreiche Investitionen in Schwimmbäder und Sportanlagen, um die Infrastruktur zu verbessern und den Bürgern zugänglich zu machen.

In Vegesack bestehen laut Frau Sprehe große Herausforderungen, insbesondere hinsichtlich der Neubauplanung des Freizeitbads, bei der zwar Planungskosten bereitstehen, jedoch der konkrete Bauzeitplan unklar ist. Die Sanierung der Sportanlagen am Oeversberg verzögert sich bis 2029, wobei eine frühere Umsetzung und die Einbindung des Beirats für die Standortentscheidung des Umkleidegebäudes bereits gefordert wurden.

Frau Sprehe kritisiert zudem das Fehlen einer Führerscheinstelle im Bremer Norden, was Bürgerinnen und Bürger zum Umtausch zur Stresemannstraße zwingt. Die Präsenz und Zuständigkeit des Ordnungsamtes erachtet Frau Sprehe als wichtig, insbesondere im Hinblick auf Verkehrsverstöße, weshalb eine personelle Aufstockung gewünscht wird.

Abschließend sieht Frau Sprehe die Abordnung des Vegesacker Kontaktpolizisten (KOP) zum Hauptbahnhof als problematisch an, da dies die Sicherheit in der Fußgängerzone beeinträchtigt und fordert eine Klärung der weiteren Stellenbesetzung.

Frau Dr. Högl erklärt, dass die Planung für den Baubeginn des Vegesacker Schwimmbads im Senat beschlossen und die Finanzierung gesichert ist, sodass die Umsetzung voraussichtlich ab 2027 starten kann, nachdem 2026 die Planungsphase abgeschlossen ist. Sie stellt nochmal klar, dass der Bau des Vegesacker Schwimmbades vom HanseWasser-Bad abgekoppelt zu betrachten ist und ein Neubau geplant wird.

Die Priorisierung der Maßnahmen - und damit Finanzierung des Oeversberg im Rahmen der Vergabe von LuKIFG-Mitteln - erfolgte anhand des dringlichsten Sanierungsbedarfs und der bereits guten Planungsgrundlage. Frau Dr. Högl sagt die Beteiligung des Beirates an den weiteren Beratungen zu.

Hinsichtlich der Führerscheinstelle erklärt Frau Dr. Högl, dass eine Außenstelle schwierig einzurichten ist, jedoch wird Sie das Anliegen aufnehmen und im Nachgang zu berichten. Die Präsenz des Ordnungsdienstes vor Ort umfasst derzeit zehn Außendienstmitarbeiter, wobei die Einsatzleitung noch vakant ist und nachbesetzt werden soll. Die Abordnung des KOP zum Hauptbahnhof sind befristet bis Ende Oktober, danach ist eine Rückkehr der Stellenbesetzung geplant; mögliche Kompensationsmaßnahmen während der Abordnung wird Sie im Nachgang prüfen und berichten.

Herr Pörschke lobt die verstärkte Präsenz des Ordnungsamtes und fordert mehr gemeinsame Streifentätigkeiten von Ordnungsamt und Polizei (Mobile Wache), wie bereits insbesondere an Brennpunkten wie dem Bremer Hauptbahnhof umgesetzt, um Zuständigkeitskonflikte und Verzögerungen bei der Einsatzreaktion zu vermeiden.

Herr Kruse lobt ebenfalls den Einsatz der Mobilien Wache, findet aber, dass deren Präsenz und Erreichbarkeit für Bürger:innen besser kommuniziert werden sollte. Er kritisiert, dass Berichte über Wohnungseinbrüche oft an der Grenze zu Bremen enden, was Misstrauen in der Bevölkerung schürt, weshalb eine Wiederbelebung der „wachsamen Nachbarn“ und eine

bessere Öffentlichkeitsarbeit empfohlen werden. Er berichtet weiter, dass im Verkehrsausschuss eine Auswertung von Geschwindigkeitsmessungen in Tempo-30-Zonen vorgenommen wurde, die zeigte, dass bis zu 35 Prozent der Verkehrsteilnehmer zu schnell fahren. Vorschläge zur Verbesserung der Situation umfassen den gezielten Einsatz von Nachwuchskräften zur Geschwindigkeitskontrolle an geeigneten Stellen sowie eine konsequentere Ahndung von Verstößen, um die Einhaltung von Verkehrsregeln zu verbessern.

Frau Dr. Högl betont, dass trotz ausreichender Bundesmittel der Fachkräftemangel und Zuständigkeitswirrwarr in Bremen und Bremerhaven eine Herausforderung bei der zügigen Umsetzung von Maßnahmen darstellt. Die erfolgreiche Quattro-Streife am Hauptbahnhof, die verschiedene Behörden koordiniert, zeigt jedoch, wie gemeinsame Anstrengungen die Sicherheit verbessern und das subjektive Sicherheitsgefühl stärken können.

Zum Thema Wohnungseinbrüche betont Frau Dr. Högl, dass der Rückgang der Wohnungseinbrüche auf verschiedene Faktoren zurückzuführen ist, darunter Prävention, Aufklärung und im großen Anteil auch die Aufmerksamkeit wachsamer Nachbarn. Eigensicherungsmaßnahmen wie das bessere Sichern von Fenstern und Türen sowie das Vermeiden offener Kippfenster tragen wesentlich dazu bei, dass viele Einbruchversuche scheitern. Sie weist darauf hin, dass ein Teil des Rückgangs auch statistisch bedingt ist.

Herr Schiphorst begrüßt die Bestätigung der Senatorin, dass die Planungskosten für das Freizeitbad finanziell vom Hansewasserbad getrennt sind. Jedoch bleibt die Finanzierung der Baukosten unklar, da die verfügbaren 50 Millionen Euro für den Sport bereits anderweitig gebunden sind. Zudem spricht er das Thema Zivilschutz an, insbesondere die mögliche Reaktivierung der entwidmeten Schutzanlage in einer Tiefgarage unter dem Sedanplatz, deren baulicher Zustand noch gut ist, aber deren Wiederinbetriebnahme zwischen Bremen und dem Bund abgestimmt und finanziert werden müsste. Angesichts des Trends zum Verzicht auf Keller bei Neubauten und fehlender U-Bahn-Infrastruktur wird die Frage nach geeigneten Schutzräumen zunehmend relevant.

Frau Tunc fragt nach Präventionsmaßnahmen für jüngere Jugendliche im Alter ab 11 Jahren. Es besteht das Gefühl, dass zwischen Schulen, Freizeiteinrichtungen und Vereinen nur einzelne Kooperationen zur Polizei vorhanden sind. Ein strukturiertes Programm, an das sich Schulen und andere Einrichtungen wenden können, erachtet Frau Tunc als wünschenswert.

Frau Dr. Högl geht fest davon aus, dass 2027 die finanziellen Mittel für den Bau des Schwimmbades zur Verfügung stehen werden. Allen Beteiligten ist die Sachlage bekannt und priorisiert bearbeitet.

Im Rahmen des Programms „Bremen resilient“¹, das über drei Jahre mit mehr als 60 Maßnahmen zur zivilen Verteidigung gegen vielfältige Bedrohungen wie Naturkatastrophen, hybride Angriffe und gesellschaftliche Destabilisierung läuft, wird der Zivilschutz intensiv bearbeitet. Dabei wird insbesondere geprüft, welche Schutzbauten in Bremen und Bremerhaven sinnvoll sind, da vorhandene Bunkerkapazitäten beispielsweise in Vegesack mit etwa 2500 Plätzen bei weitem nicht ausreichen und ein großflächiger Luftangriff als unrealistisches Szenario eingeschätzt wird.

Zum Thema Präventionsangebote an Schulen etc. erklärt Herr Müller, Leiter der Polizeiinspektion Nord-West, dass die Gewaltprävention zu einen der Kernaufgaben der Kontaktpolizisten gehört. Die Präventionsangebote werden in enger Kooperation mit Schulen umgesetzt. Schulen melden ihren Bedarf an, woraufhin die Kontaktpolizisten versuchen, die Programme im verfügbaren Rahmen erfolgreich durchzuführen. Die Nachfrage der Schulen variieren, je nach persönlicher Ausstattung mit pädagogischen Fachkräften oder eigenen Programmen.

Herr Sgolik bedankt sich im Namen des Beirats und persönlich bei Senatorin Dr. Högl für ihren Besuch und den konstruktiven Austausch. Er bietet an, Kontaktdaten bereitzustellen, um gemeinsame Projekte wie die mobile Wache zu fördern. Senatorin Dr. Högl zeigt sich ebenfalls dankbar für die Einladung und die Diskussion, betont ihre Bereitschaft zur weiteren Zusammenarbeit und kündigt an, sich um angesprochene Anliegen zu kümmern.

Es folgt eine 10-minütige Sitzungsunterbrechung.

TOP 3 Beratung zur Aufwertung des Vegesacker Hafenumfeldes durch eine mögliche Finanzierung aus Infrastrukturinvestitionsmitteln (LuKIFG-Mittel) in Bremen-Vegesack

Einleitend erklärt Herr Sgolik, dass sich der Beirat intensiv mit der Frage auseinandergesetzt hat, ob und in welcher Form Mittel aus dem sogenannten Gesetz zur Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen der Länder und Kommunen, im Folgenden als LuKIFG bezeichnet, in Vegesack eingesetzt werden können. Das Ortsamt hat hierzu bereits Vorgespräche mit der

¹ <https://www.rathaus.bremen.de/sitzung-des-bremer-senats-145387?asl=bremen54.c.57451.de>
abgerufen am 01.04.2026

Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation persönlich geführt und angefragt, ob eine Diskussion zu Vegesacker Themen im Beirat möglich sei. Das Wirtschaftsressort ist dieser Einladung unmittelbar gefolgt und hat eine umfassende Präsentation (Anlage 1 der Niederschrift) vorbereitet. In diesem Zusammenhang begrüßt Herr Sgolik Herrn Dr. Dirk Kühling, Abteilungsleiter der Abteilung 1 Wirtschaft sowie Herrn Guido Zech aus dem Referat 10, das für das Sondervermögen Gewerbeflächencontrolling, Berichtswesen und GIS (Landesamt für GeoInformation Bremen) zuständig ist, ganz herzlich.

Herr Dr. Kühling bedankt sich zunächst für die Einladung, die es ermöglicht, bereits im Gespräch mit Senatorin Voigt erörterte Ideen und Überlegungen einem größeren Publikum vorzustellen. Im Fokus steht ein seit Jahren in Vegesack verfolgtes Projekt, das einen erheblichen Finanzierungsbedarf aufweist. Ziel des heutigen Gesprächs ist es, eine Einschätzung zu erhalten, ob die geplanten Maßnahmen auf dem richtigen Weg sind, und Unterstützung bei deren Umsetzung zu gewinnen.

Zunächst wird die finanzielle Ausgangslage erörtert, wobei auf das LuKIFG Bezug genommen wird. Das Land Bremen hat aus einem bundesweiten Gesamtvolumen von 500 Milliarden Euro 940 Millionen Euro erhalten, die eigenverantwortlich vor Ort eingesetzt werden können. Die zur Verfügung stehenden Mittel sind für den Zeitraum bis 2036 vorgesehen, und aktuell befindet sich die Planung in der Phase, in der konkrete Programme, Mittel und Themen definiert werden. Dabei bestehen jedoch klare Vorgaben des Bundes, die eine freie Gestaltung einschränken. Primäres Ziel ist die Behebung bestehender infrastruktureller Defizite sowie die Schaffung einer nachhaltigen Grundlage für Wirtschaftswachstum. Die Herausforderung besteht darin, die vorhandenen Ressourcen so einzusetzen, dass sie den größtmöglichen Nutzen für die Region erzielen.

Anhand der Anlage 1 erläutert Herr Dr. Kühling diverse Maßnahmen in vollem Umfang. Ergänzt stellt er in Aussicht, dass der Platz des bisherigen Schulschiffs Deutschland für eine Reservefähre der Fähre Bremen Stedingen GmbH genutzt werden könnte. Dies befindet sich in Klärung.

Herr Pörschke bedankt sich bei Herrn Dr. Kühling für die Prioritätensetzung in Bezug auf den Museumshafen, die der Ortsbeirat durch einen Grundsatzbeschluss unterstützen soll. Für Herrn Pörschke steht der Erhalt und die Funktionsfähigkeit des Hafens, insbesondere der zeitnahe Rückbau der derzeit nicht optisch ansprechenden und nicht mehr funktionstüchtigen Brücke und deren Ersatz durch einen modernen Neubau, der den Bedürfnissen der Hafensieger gerecht wird, im Fokus. Eine Verzögerung dieser Maßnahme könnte zum Verlust

von angelegten Schiffen und ehrenamtlichem Engagement führen, wodurch auch die Umfeldverbesserungen des Hafens wirkungslos blieben. Der Hafen und die Brücke sind zudem wichtige Identitäts- und Tourismusfaktoren, die im Zusammenspiel, mit dem sich entwickelnden Speicherquartier stehen.

Herr Schiphorst lobt Herrn Dr. Kühling zunächst für seine Präsentation. Es bleiben jedoch noch Fragen für ihn offen. Zunächst thematisiert er die Unsicherheit bezüglich der Fördermittelbewilligung und betont die Notwendigkeit alternativer Strategien bei einem möglichen Scheitern. Weiter macht er auf die unklare Koordination mit dem Hochwasserschutz, insbesondere hinsichtlich der zeitlichen Abstimmung und der optischen Umsetzung an der Hafenkopfseite, aufmerksam, wobei eine übergeordnete Koordinationsfunktion gefordert wird, in die Dr. Kühling eingebunden werden soll. Abschließend betrachtet Herr Schiphorst die hybride Museumsart des Hafens kritisch, wenn keine Schiffe vorhanden sind und sich ein Schiffsfriedhof entwickelt; stattdessen strebt er eine dynamische Mischung aus Traditions- und modernen Schiffen mit regelmäßigen Fahrten an, um eine lebendige Atmosphäre zu schaffen, wobei die weitere Entwicklung flexibel bleiben sollte.

Frau Sprehe lobt für die proaktive Einbindung des Beirats beim komplexen Vegesacker Hafenprojekt. Eine klare Priorisierung der Maßnahmen ist auch für sie notwendig, mit Fokus auf einen funktionalen Hafen und ein attraktives Umfeld, wobei die Brücke und insbesondere die Sanierung des „Hafenhauses“ sowie des „Grauen Esels“ als zentrale, jedoch noch unzureichend geplante „Dickschiffe“ gelten. Die ausstehenden Hochwasserschutzinformationen sind entscheidend für die weitere Planung, da eine fundierte Bestandsaufnahme der baulichen und hydrologischen Verhältnisse Voraussetzung für nachhaltige Sanierungen ist. Zudem wird die dringende Erneuerung der in schlechtem Zustand befindlichen Pontonanlagen betont, um die Nutzbarkeit und Attraktivität des Hafens zu sichern.

Herr Dr. Kühling lässt keine Zweifel darüber, dass Einigkeit darüber besteht, dass ohne die beantragte Förderung aus dem LuKIFG-Programm keine ausreichenden Mittel für die Investitionen zur Verfügung stehen, was eine Priorisierung und Suche nach weiteren Finanzierungsquellen erfordert. Ein zentrales Thema ist der Hochwasserschutz, der trotz bereits erfolgter Maßnahmen auf einer Hafenseite weiterhin unzureichend ist und in enger Abstimmung mit Fachbehörden gelöst werden muss. Ziel ist die Entwicklung eines funktionierenden Hafens mit Schiffsverkehr, der über einen reinen Museumshafen hinausgeht und die wirtschaftliche sowie kulturelle Bedeutung Vegesacks langfristig sichert.

Herr Dr. Kühling stellt die Unsicherheiten bezüglich der dauerhaften Sicherung der beiden markanten Gebäude „Grauer Esel“ und „Hafenhaus“ klar, und gibt zu beachten, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt weder die technische Machbarkeit einer langfristigen Erhaltung noch die damit verbundenen Kosten abschließend geklärt sind. Trotz dieser Ungewissheiten betont er, dass diese Gebäude keinesfalls aus der Prioritätenliste gestrichen werden dürfen. Vielmehr liegt der Fokus darauf, alle erforderlichen Unterlagen, Studien und Zahlen zu erarbeiten und vorzulegen, um im weiteren Planungsprozess gemeinsam mit den Beteiligten voranzukommen.

Herr Kruse thematisiert die Dringlichkeit eines umfassenden Hochwasserschutzes im Raum Bremen und Niedersachsen, wobei insbesondere das Wesersperrwerk als zentrales Infrastrukturprojekt hervorgehoben wird. Es wird betont, dass die Problematik nicht nur auf Landesebene, sondern als gesamtstaatliche Herausforderung betrachtet werden muss, da die steigenden Pegelstände und die zunehmende Hochwassergefahr durch den Klimawandel eine koordinierte und finanzstarke Reaktion erfordern. Die bisherigen Planungen, die bereits mehrfach um mehrere Meter erhöht wurden, spiegeln die sich verschärfenden Bedingungen wider, wobei die Baukosten exponentiell angestiegen sind und weitere Kostensteigerungen zu erwarten sind. Vor diesem Hintergrund erklärt Herr Kruse, dass ein isoliertes Vorgehen Niedersachsens nicht zielführend ist und stattdessen eine bundesweite Kooperation notwendig ist, um die erforderlichen finanziellen Mittel bereitzustellen und die baulichen Maßnahmen umzusetzen.

Herr Gieschen von Vegesack Marketing e.V. möchte abschließend wissen, inwiefern Vereine noch Einfluss auf die Priorisierung beziehungsweise die Wichtigkeit der genannten Maßnahmen nehmen können. Er bringt hier die Maritime Meile gUG ins Spiel. Des Weiteren sollte es allen wichtig sein, dass man sich nicht nur den großen und schwierigen Projekten widmet, sondern auch kleine, schnelle Projekte auf den Weg bringt, um das Hafenumfeld attraktiver zu gestalten.

Herr Sgolik unterbreitet folgenden Beschlussvorschlag:

- 1. Der Beirat Vegesack bedankt sich bei Dr. Kühling und Herrn Zech für die Präsentation, die Vorschläge und die Erläuterungen dazu.**
- 2. Der Beirat spricht sich mit Nachdruck für einen erlebbaren und funktionierenden Hafen inklusive des Neubaus einer Hafenbrücke aus.**
- 3. Der Beirat Vegesack fordert die zuständige Behörden auf, in erster Linie die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft, den Hochwasserschutz schneller und ausführlich zu planen und einen Umsetzungsablauf und Zeitraum vorzustellen.**

Die Planungen und Studien für die öffentlichen Gebäude, insbesondere Hafenhäuser und Grauer Esel, sollen dabei umfassend dargestellt werden.

- 4. Insgesamt stimmt der Beirat den vorgestellten Maßnahmen umfänglich zu und bittet den Senat, die Maßnahmen in der Mittelvergabe zu priorisieren.**

Der Beirat stimmt einstimmig zu.

TOP 4 Vorhabenbezogener Bebauungsplan VEP 117 „Neue Strandlust“ – Austausch und Beschlussfassung

Herr Sgolik begrüßt Herrn Kotte, Leiter des Bauamtes Bremen-Nord, als Referent zum Thema. Des Weiteren macht er auf die Anwesenheit des Architekten Romeiser im Publikum aufmerksam.

Die wesentlichen Inhalte der letzten Sitzung im Bürgerhaus, die im vergangenen Monat stattfand, bedürfen keiner erneuten ausführlichen Erläuterung. Dort wurden den Beteiligten umfassende Pläne präsentiert und detaillierte Erklärungen zum Vorhaben gegeben. Im Anschluss an diese Sitzung wurde vereinbart, dass dem Bauamt Bremen-Nord noch schriftliche Fragen eingereicht werden können, um offene Punkte zu klären. Diese Fragen wurden fristgerecht übermittelt, und Herr Kotte hat diese inzwischen beantwortet. Bei heutiger Beratung soll der Fokus auf Rückfragen und Verständnisfragen gelegt werden, um anschließend einen Beschluss zu fassen, der die vorgelegten Pläne als Träger öffentlicher Belange verbindlich abdeckt und das weitere Verfahren des vorhabenbezogenen Bebauungsplans ermöglicht.

Zunächst bittet Herr Schiphorst um Aufnahme der Fragen und Antworten in die Niederschrift. (Anlage 2)

Herr Schiphorst bemängelt, dass die Abstimmung sich ausschließlich auf das Speise- und Schankrecht im Bebauungsplan bezieht, während konkrete Nutzungen wie Restaurant oder Einzelhandel nicht verbindlich festgeschrieben sind und weiterhin offenbleiben. Es gibt noch keine abschließende Vereinbarung, die diese Nutzungen regelt, und der Plan ist für die Öffentlichkeit noch nicht zugänglich. Die offenen Fragen aus der Februarsitzung betrafen unter anderem Wind- und Verschattungsverhältnisse sowie die Verteilung des geförderten Wohnraums auf die Baukörper, deren Festschreibung unklar ist. Aufgrund der Unsicherheiten und der ungeeigneten Wohnnutzung an dieser Stelle wird Herr Schiphorst den Bebauungsplan ablehnen, wobei stattdessen eine Hotel- oder Tagungsnutzung, insbesondere im Kontext des Bedarfs der Werften und der Universität, als sinnvoller erachtet wird.

Herr Pörschke ergänzt, dass in der letzten Sitzung ungeklärt blieb, ob die vorgelegten Pläne hinsichtlich Rettungswegen und Brandschutz mit der Feuerwehr ausreichend abgestimmt und funktionsfähig sind. Er regt an, das Verfahren transparent darzustellen und die entsprechenden Dokumente zugänglich zu machen.

Herr Neumeyer möchte ebenfalls von Herrn Kotte wissen, warum die konkrete Nutzung im vorhabenbezogenen Bebauungsplan nicht festgeschrieben ist. Der Erhalt oder die Einrichtung von Gastronomie ist für die Entscheidung als CDU-Fraktion elementar.

Im vorliegenden Bebauungsplan ist laut Herrn Kotte ausschließlich Gastronomie zulässig und keine alternative Nutzung. Das ist in dem Bebauungsplanentwurf, so wie er vorgelegt wurde, bereits jetzt so enthalten, wobei insbesondere Gesellschaftsräume und eine Schank- und Speisewirtschaft mit Freisitz festgeschrieben werden. Dabei wurde bewusst auf eine zu detaillierte Festlegung verzichtet, um eine flexible Anpassung an unterschiedliche Betreiberkonzepte zu ermöglichen. So wird beispielsweise der Begriff „Biergarten“ nicht im Detail definiert, um starre Nutzungsvorgaben zu vermeiden, die eine spätere Anpassung erschweren könnten. Die Grundrisse, die Bestandteil des Durchführungsvertrags sind, gewährleisten die Integration von Gesellschaftsräumen, die als zentrales Element der Nutzung betrachtet werden. Die städtebauliche Begründung differenziert nicht zwischen verschiedenen gastronomischen Betriebsarten wie Café, à la carte Restaurant oder Bistro, da dies für die Planung keine Relevanz besitzt.

Im Rahmen der Behördenbeteiligung wird die Feuerwehr ebenso eingebunden wie der Beirat. Die Feuerwehr hat bereits kontinuierlich am Planungsprozess teilgenommen, eine abschließende schriftliche Stellungnahme steht jedoch noch aus, wobei der Fristablauf zeitnah erwartet wird. Es ist möglich, dass auf Grundlage der Rückmeldungen aus der Behördenbeteiligung noch Anpassungen an Gutachten oder Formulierungen erforderlich werden, was Teil der Auswertung dieses Verfahrensschrittes ist.

Herr Kotte erläutert nochmals, dass im Anschluss an die Behördenbeteiligung eine Öffentlichkeitsbeteiligung vorgesehen ist, bei der alle vorliegenden Gutachten, insbesondere die umweltbezogenen, vollständig im Internet veröffentlicht und zur Einsicht bereitgestellt werden. Wie bereits erklärt, ist dieser Schritt um die Jahresmitte geplant.

Herr Sgolik unterbreitet folgenden Beschlussvorschlag, Herr Schiphorst bittet um absatzweise Abstimmung:

1. **Der Beirat Vegesack stimmt dem Entwurf zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan 117 zu. (eine Ablehnung und elf Zustimmungen)**
2. **Das Amt für Straßenverkehr wird aufgefordert, ein KI gestütztes Steuerungssystem für die Verkehrsführung vor Ort schnellstmöglich umzusetzen. (einstimmig)**

TOP 5 Anträge und Anfragen des Beirates / Jugendbeirates

Da Frau Tunc zeitnah die Sitzung verlassen muss, beantragt sie den TOP 5.2. Antrag der CDU-Fraktion vorzuziehen. Es gibt keine Gegenrede, so dass die Tagesordnungspunkte getauscht werden.

5.2. Antrag der CDU-Fraktion „Verstärkte Kontrollen zur Einhaltung des Jugendschutzes beim Verkauf von Alkohol und E-Zigaretten (Vapes) in Vegesack“

Frau Tunc verliest den Antrag:

der Beirat Vegesack möge beschließen:

1. Der Beirat Vegesack fordert die Senatorin für Inneres und Sport auf, die Kioske in Vegesack verstärkt zu kontrollieren.
2. Das zuständige Ordnungsamt wird gebeten, die Kontrollen von Verkaufsstellen – insbesondere Kiosken – in Vegesack im Hinblick auf die Einhaltung der Altersvorgaben beim Verkauf von Alkohol und E-Zigaretten (Vapes) deutlich zu intensivieren.
3. Es sollen regelmäßig unangekündigte Testkäufe in Zusammenarbeit mit der Polizei durchgeführt werden.
4. Festgestellte Verstöße gegen das Jugendschutzgesetz sind konsequent ordnungsrechtlich zu verfolgen.
5. Der Beirat ist in geeigneter Form über Umfang und Ergebnisse der Kontrollen zu unterrichten.

Auf die Verlesung der Begründung wird aus Zeitgründen verzichtet.

Das Gremium bittet um Ergänzung von Lachgas, Snus sowie pfandpflichtige Getränke in Schnellrestaurants, Kiosks etc. Herr Pörschke erlebt immer wieder, dass verschiedene Einrichtungen pfandfreie Exporte aus dem Ausland verkaufen und damit teilweise bewusst einen Gesetzesstoß begehen, um Kosten und Aufwand zu sparen.

Der Beirat stimmt dem geänderten Antrag **einstimmig** zu.

5.1. Antrag der SPD-Fraktion „Fähre und Neue Strandlust per ÖPNV erschließen“

Frau Sprehe verliest den Antrag in Gänze.

Mit dem neuen Wohnquartier Neue Strandlust mit hunderten neuen Anwohner:innen wird dies besonders dringend. Die Verkehrssituation im Bereich der Fähre würde entlastet und die Akzeptanz der Neuen Strandlust erhöht. Die Lösung wäre einfach: Eine der Buslinien müsste vom Bahnhof Vegesack aus nur eine Schleife zur Fähre und zurückfahren, mit einer Haltestelle bei der Neuen Strandlust.

Gleichzeitig wird die Maritime Meile insgesamt für Besucher attraktiver, weil man mit dem Bus näher an die Flaniermeile heranfahren kann. Die Parksituation würde entspannt. Die Haltestelle wäre auch vom neuen Speicherquartier und ihren Bewohner:innen gut erreichbar.

Die Gelegenheit ist jetzt günstig, weil der Investor der Neuen Strandlust selbst an einer solchen ÖPNV-Anbindung interessiert ist und bereits vorher bereit sein könnte, die Haltestelle in die Planung und Finanzierung einzubeziehen.

Herr Schiphorst kündigt an, sich beim vorliegenden Antrag zu enthalten, da er das umfassende Entwicklungskonzept zur Nahverkehrsverbesserung, das bis 2030 in elf Stufen umgesetzt werden soll, als vorrangig betrachtet. Er hält es für unwahrscheinlich, dass bis zur nächsten Wahl mehr als die zweite Stufe realisiert wird, und bewertet den Antrag im Vergleich zu anderen Maßnahmen wie der Wiedereinführung der Linie 99 als weniger prioritär. Eine wirkliche Verbesserung sieht er erst mit der Einrichtung eines Shuttlebus, der die Fähre mit dem Busbahnhof verbindet. Fußwege bei Wartezeiten hält er für zumutbar, ähnlich wie für Autofahrer.

Herr Pörschke ergänzt, dass die Maßnahme das bestehende Verkehrsnetz und die Erreichbarkeit insbesondere für Gäste, die die Strandlust, maritime Meile und das Weserufer barrierefreier und bequemer erreichen möchten, verbessert. Trotz weiterer notwendiger Maßnahmen wird die Forderung nach einem Lückenschluss durch die BSAG befürwortet, um eine direkte Busverbindung auf der Vegesacker Seite zu schaffen, ähnlich wie auf der gegenüberliegenden Flussseite mit der Anbindung nach Oldenburg.

Da es keinen weiteren Redebedarf gibt, kommt das Gremium zur Abstimmung.

Der Beirat Vegesack stimmt dem Antrag der SPD **mehrheitlich (zehn Zustimmungen und eine Enthaltung)** zu.

TOP 6 Mitteilungen des Ortsamtsleiters

Herr Sgolik berichtet, dass am Vegesacker Bahnhofplatz eine Tafel mit einem verfassungsfeindlichen Symbol verunreinigt wurde, das jedoch innerhalb von weniger als 48 Stunden schnell und gründlich entfernt wurde, wofür er die WFB und den Projektverantwortlichen für „Bike it“ ausdrücklich lobt. Weiter dankt er Herrn Pörschke für die Weitergabe des Falls.

TOP 7 Mitteilungen der Beiratssprecherin

In der letzten Bürgersprechstunde wurden laut Frau Sprehe verschiedene Anliegen behandelt, darunter Beschwerden zur fehlenden Bearbeitung von Führerscheinangelegenheiten im Bürgerservicecenter Nord, zur Leerung von Mülltonnen sowie zu einer problematischen Nutzung einer Feuerwehrezufahrt in der Friedrich-Klippert-Straße als Halte- oder Parkplatz. Letzteres wird durch das Ortsamt an das Ordnungsamt weitergeleitet. Die nächste Bürgersprechstunde findet am 7. April im gewohnten Raum statt, ab Mai sind jedoch wieder wechselnde Lokalitäten geplant, über die rechtzeitig informiert wird.

TOP 8 Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

Herr Schiphorst äußert Kritik an das neue Tourismuskonzept 2026 der Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation. Das Konzept wurde erneut ohne Einbindung des Beirats oder des zuständigen Fachausschusses entwickelt. Er bemängelt, dass die beteiligten Akteure sich selbst positiv darstellten und keine Kritik zuließen, was er als problematisch und gefährlich einschätzt. Er fordert, dass künftige Konzepte vom zuständigen Ausschuss begleitet werden und bittet darum, das aktualisierte Tourismuskonzept durch das Ortsamt anzufordern und dem Beirat zu übermitteln.

Herr Kruse erinnert an die Erledigung der Beschlüsse zur „An der Aue“ und den Eheleuten Homoth. Herr Schiphorst ergänzt, dass er gerne eine Aufstellung der Beschlüsse hätte, um einen laufenden Überblick zu haben.

Ende der Sitzung: 21:34 Uhr

Gunnar Sgolik
(Vorsitz)

Heike Sprehe
(Beiratssprecherin)

Sabrina KC
(Schriftführung)